

Bezirk Oberfranken
 - Sozialverwaltung -
 Cottenbacher Str. 23
 95445 Bayreuth

Antrag auf Gewährung von Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft während der Schulferien

Einrichtung: _____

Zeiträume: vom _____ bis _____ (_____ Tage)
 vom _____ bis _____ (_____ Tage)
 vom _____ bis _____ (_____ Tage)
 vom _____ bis _____ (_____ Tage)
 vom _____ bis _____ (_____ Tage)
 vom _____ bis _____ (_____ Tage)
 vom _____ bis _____ (_____ Tage)

kürzeste einfache Entfernung zwischen Wohnort und Tagesstätte _____ km

Hinweis auf datenschutzrechtliche Bestimmungen (Art. 16 Abs. 2 Bayerisches Datenschutzgesetz, §§ 67 a ff. Sozialgesetzbuch X, §§ 127 ff. Bundessozialhilfegesetz: Die Angaben werden mit Hilfe einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert, verarbeitet und für statistische Zwecke verwendet. Es wird darauf hingewiesen, dass die Angaben zur rechtmäßigen Erfüllung der zugewiesenen Aufgaben erforderlich sind und Sie zur Mitteilung dieser Angaben verpflichtet sind (§ 60 Sozialgesetzbuch I)

1. Persönliche Verhältnisse	a) des Hilfesuchenden	b) des Ehegatten (auch wenn verstorben, geschieden oder getrennt lebend) bzw. der Eltern bei ledigen, minderjährigen Hilfesuchenden	
		Ehegatte / Vater	Mutter
Familienname (ggf. auch Geburtsname und frühere Namen)			
Vorname(n)			
Geburtsdatum	geb. am	geb. am	geb. am
weitere Kinder im Haushalt	Name Vorname Geburtstag		
Anschrift des elterlichen Haushalts	PLZ, Ort Straße		

Wirtschaftliche Verhältnisse des Hilfesuchenden, seines Ehegatten bzw. der Eltern bei ledigen minderjährigen Hilfesuchenden

1. Einkommensverhältnisse

Schlüsselzahlen für Einkommen 1) Tätigkeiten 0110 Eink./Selbständiger 0111 Eink./Landw.-Forstw. 0120 Eink./unselbst. Tät. 0121 Ausbildungsvergütung 0122 Urlaubsgeld 1/12 0123 Urlaubsgeld-Einzelv. 0125 Weihnachtsgeld 1/12 0126 Weihnachtsgeld-indiv. 0128 Erst. LSt.-KiSt. 1/12 0129 Erst. LSt.-KiSt. indiv. 0130 Krankgeld 0140 Schlechtwettergeld 0150 Arbeitslosengeld 0160 Arbeitslosenhilfe 0170 Übergangsgeld 0180 Konkursausfallgeld 0190 Kurzarbeitergeld 0191 Eingliederungsgeld 0196 Mutterschaftsgeld	2) Gesetzliche Rentenversicherung 0210 BU-Rente 0220 EU-Rente 0230 Altersrente 0240 Witwenrente 0241 Waisenrente 0250 Unfallrente 0255 Knappsch. Rente 0260 Österr. Rente 0270 ausländ. Rente 3) Versorgung (BVG, HHG, SVG, OEG) 0310 Krankgeld 0311 BVG-Grundrente 30 % 0312 BVG-Grundrente 40 % 0318 BVG-Ausgl. Rente 0319 BVG-Berufssch. Ausgl. 0320 BVG-Pflegezulage mA 0321 BVG-Führhundzulage 0322 BVG-Kleidersverschleiß 0323 Schwerstbeh. Zul. 0330 BVG-Elternteilrente 0331 BVG-Elternr. f. Paare	0332 BVG-Schadensausgleich 0333 BVG-Witwen Ausgl. Rente 0340 sonst. BVG-Rente 4) Lastenausgleich 0410 Unterhaltshilfe 0420 Entsch. Rente-LAG 5) Öffentlicher Dienst 0510 Pension 0520 Witwengeld (öD) 0530 Waisengeld (öD) 0540 Unterhaltsbeitrag (öD) 6) Rentenähnliche Leistungen 0610 betriebl. Zuwendungen 0620 Betriebszusatzrente 0630 Leibrente, Leibgeding 0640 Altersgeld f. Landw. 0650 Entsch. Rente-BEG 0651 Entsch. Rente-OEG 0660 Unterhalt - Geldleist. 0661 Unterhalts - Sachleist. 0670 Hilfswerk f. beh. Kinder	7) Sonstige Leistungen 0710 Kindergeld 0711 KGZ 0712 Kinderzuschuss z. Rent. 0720 UVG-Leistungen 0730 USG-Leistungen 0740 BAföG-Leistungen 0750 Blindengeld 8) Einkommen aus Vermögen 0810 Zinseinnahme oA 0811 Vermögensertrag mA. 0820 Mieteinnahmen 0821 Pachteinahmen 9) Sonstige Einkommen 0910 Wohngeld - pauschal 0911 Wohngeld - nicht pauschal. 0912 Lastenzuschuss-WoGG 0913 Pflegegeld nach PflegeVG 0950 Sonst. Einnahmen 0914 Grundsicherung
---	---	--	---

Nettoeinkommen monatlich	a) des Hilfesuchenden		b) des Ehegatten (auch wenn verstorben, geschieden oder getrennt lebend) bzw. der Eltern bei ledigen, minderjährigen Hilfesuchenden	
			Ehegatte / Vater	Mutter
Entsprechende Schlüsselzahl vor den Einkommensbetrag schreiben	/	€	/	€
Einkommensangaben sind mit Nachweisen zu belegen	/	€	/	€
	/	€	/	€
	/	€	/	€
	/	€	/	€
	/	€	/	€
Arbeitgeber bzw. zahlende Stellen angeben: (z.B. Krankenkasse, Rententräger Akten- bzw. Rentenzeichen)				

Sollte kein Einkommen oder sonstige Einkünfte erzielt worden sein, bitten wir um Angabe, wovon der Lebensunterhalt bestritten wurde.

2. Vom Einkommen absetzbare Beträge (bitte belegen!)

	Euro	Euro	Euro
a) Versicherungen (z.B. Haftpflicht, freiwillige Krankenversicherung)			
b) Mit der Erzielung des Einkommens verb. notw. Ausgaben (z.B. Fahrtkosten (Fahrten mit Pkw zur Arbeit bitte einfache Entfernung angeben!))			

3. Besondere Belastungen (z.B. Krankheit, Behinderung, Unterstützung von Angehörigen) (bitte belegen!)

4. Schulden (bitte belegen!)

Name des Gläubigers, des Schuldners, Grund und Zeitpunkt der Schuldnahme	derzeitige Restschuld		Zinsen mtl.		Tilgung, Raten mtl.	
		%	Euro	%	Euro	

Haben Sie Vermögen in irgendeiner Form? ja nein

5. Vermögensverhältnisse

a) des Hilfesuchenden	b) des Ehegatten/bei Minderjährigen der Eltern
Spar-, Bank- und Postsparguthaben: <input type="checkbox"/> Ich habe kein Spar-, Bank- und Postsparguthaben. <input type="checkbox"/> Ich habe Spar-, Bank- und Postsparguthaben bei Bankinstitut/Postbank und Kontonummer _____ € _____	Spar-, Bank- und Postsparguthaben: <input type="checkbox"/> Ich habe kein Spar-, Bank- und Postsparguthaben. <input type="checkbox"/> Ich habe Spar-, Bank- und Postsparguthaben bei Bankinstitut/Postbank und Kontonummer _____ € _____
<input type="checkbox"/> Ich besitze keine Wertpapiere. <input type="checkbox"/> Ich besitze Wertpapiere bei Bankinstitut: _____ Nennwert _____ Depotnummer: _____ € _____	<input type="checkbox"/> Ich besitze keine Wertpapiere. <input type="checkbox"/> Ich besitze Wertpapiere bei Bankinstitut: _____ Nennwert _____ Depotnummer: _____ € _____
Bargeld: Ich verfüge über Bargeld in Höhe von Betrag _____ €	Bargeld: Ich verfüge über Bargeld in Höhe von Betrag _____ €
Lebens- und Kapitalversicherung: <input type="checkbox"/> Ich habe keine Lebens- oder Kapitalversicherung. <input type="checkbox"/> Ich habe eine Lebens- oder Kapitalversicherung bei Versicherung/Versicherungsnummer _____ Versicherungssumme _____ €	Lebens- und Kapitalversicherung: <input type="checkbox"/> Ich habe keine Lebens- oder Kapitalversicherung. <input type="checkbox"/> Ich habe eine Lebens- oder Kapitalversicherung bei Versicherung/Versicherungsnummer _____ Versicherungssumme _____ €
Sonstige Vermögenswerte: <input type="checkbox"/> Ich habe kein sonstiges Vermögen. <input type="checkbox"/> Ich habe Vermögenswerte in folgender Form: (z.B. Bausparverträge, Genossenschaftsanteile Sterbevorsorge-/Sterbegeldversicherungen, beim Heim hinterlegte Kautions, Schmuck, Sammlungen, Kraftfahrzeug usw.)	Sonstige Vermögenswerte: <input type="checkbox"/> Ich habe kein sonstiges Vermögen. <input type="checkbox"/> Ich habe Vermögenswerte in folgender Form: (z.B. Bausparverträge, Genossenschaftsanteile Sterbevorsorge-/Sterbegeldversicherungen, beim Heim hinterlegte Kautions, Schmuck, Sammlungen, Kraftfahrzeug usw.)

Haben Sie Haus- oder Grundvermögen? ja nein

6. Haus- und Grundvermögen (Einheitswertbescheid und Brandversicherungsunterlagen beilegen!)

a) Wohnhaus (Zahl der Wohnungen _____) Eigentumswohnung gewerblich genutztes Grundstück
Eigentümer _____, Anteil _____ v.H., Einheitswert _____ €, gesch. Verkehrswert _____ €
Baujahr _____, Gesamtgrundstücksfläche _____ qm, Flur-Nr. _____, Gemarkung _____
derzeitige Nutzung _____

b) sonst. Grundbesitz insgesamt _____ ha, davon Bauland _____ qm, Bauerwartungsland _____ qm
Eigentümer _____, Anteil _____ v.H., Einheitswert _____ €
gesch. Verkehrswert _____ €, Flur-Nr., _____ Gemarkung _____
derzeitige Nutzung: Es werden selbst bewirtschaftet _____ ha; Es sind verpachtet _____ ha.

7. Wohnverhältnisse des Hilfesuchenden und der in Haushaltsgemeinschaft lebenden Personen:

a) Mietwohnung Untermieter Die (ausschließlich zu Wohnzwecken) genutzte Wohnung umfasst _____ qm Wohnfläche
 Einzelofenheizung Sammelheizung (= Fernwärmeversorgung, Nachtstromspeicherheizungen, Gasöfen, Kachelöfen, Mehrraumheizungen, zentralversorgte Öl-Einzelheizungen)

Miete (ohne Heizkosten, Untermietszuschläge, Vergütungen für Möblierung, Kühlschrank- oder Waschmaschinenüberlassung, Vergütung für die Überlassung von Garagen, Stellplätzen, Hausgärten u. a., anteilige Miete für Wohnraum, der einem anderen unentgeltlich oder entgeltlich zum Gebrauch überlassen wird) (bitte belegen!) _____ €
Nebenkosten (Wassergeld, Abwasser- und Müllbeseitigung, Treppenbeleuchtung) _____ €
Heizungskosten monatlich _____ €
Wird die Wohnung zentral mit Warmwasser versorgt? ja nein

b) Eigentumswohnung eigenes Haus freies Wohnrecht
(monatlich anfallende Kosten (z.B. Schuldzinsen, Schuldtilgung, Grundsteuer, Gebühren) (bitte belegen!) _____ €

c) Wohngeld wurde beantragt am _____ bei _____
oder Wohngeld ist bewilligt mit monatlich _____ € bis einschließlich _____ (Bitte Kopie des Bescheides beifügen!)

8. Vermögensabgabe (Verträge, notarielle Urkunden beilegen!)

Wurden in den letzten 10 Jahren Vermögenswerte (z. B. Haus- oder Grundbesitz, Barvermögen, Wertpapiere, Vertrag zu Gunsten Dritter usw.) veräußert, übergeben oder verschenkt? ja nein

Zeitpunkt, Anlass, Art, Höhe und Empfänger (mit Anschrift) _____

(Hilfesuchender)

Anlage zum Antrag auf Gewährung von Sozialhilfe für _____, geb. _____

Bitte lesen Sie zuerst die Hinweise auf der Rückseite!

Vom Antragsteller ist für **jedes** Geldinstitut (Bank, Sparkasse, Bausparkasse, Postsparkassenamt) ein **eigenes Formblatt zu verwenden**. Die Erklärung ist (1) vom Hilfesuchenden, (2) wenn er verheiratet ist, auch von seinem Ehegatten und (3) wenn er minderjährig und unverheiratet ist, von seinen Eltern auszufüllen und zu unterschreiben. Für **selbst nicht hilfebedürftige Ehegatten** von Hilfesuchenden ergibt sich die Auskunftspflichtung aus § 116 Abs. 1 BSHG. (4) Bei Betreuung/Vormundschaft ist die Erklärung von dem vom Vormundschaftsgericht bestellten Betreuer/Vormund zu erstellen und zu unterschreiben.

Erklärung:

Ich bin/wir sind darüber belehrt worden, dass ich/wir gemäß § 60 Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil – (SGB I) über meine/unsere Einkommens- und Vermögensverhältnisse wahrheitsgemäße und vollständige Angaben zu machen habe(n). Von den rückseitig abgedruckten Bestimmungen der §§ 60 und 66 SGB I (Mitwirkungspflichten und Folgen fehlender Mitwirkung) sowie § 263 StGB (Betrug) habe(n) ich/wir Kenntnis genommen. Es ist bekannt, dass unrichtige bzw. unvollständige Angaben strafrechtliche Verfolgung wegen Betrugs nach sich ziehen können sowie zu Unrecht bezogene Leistungen zurückzahlen sind.

Ich/wir erkläre(n): Ich/Wir und mein/unsere minderjähriges Kind _____ (Name) unterhalte(n) kein(en) Girokonto, Sparkonto, Postsparkonto, Bausparvertrag, Prämienparvertrag, Wertpapierkonto

Ich/Wir und mein/unsere minderjähriges Kind _____ (Name) besitze(n)

Mein(e) Betreute(r) _____ (Name) besitzt bei

Geldinstitut, Bausparkasse

folgendes Vermögen:

Maßgebender Stichtag:

Konto	Vertrags-Nr.	Kontoinhaber	jetziger Kontostand (EUR)
Girokonto			
Sparbuch			
Sparbuch			
Sparbuch			
Sparkassenbrief			
Bundesschatzbrief			
Wertpapierdepot			
Ratensparvertrag			
Prämienparvertrag			
Bausparvertrag (letzter Jahresauszug liegt bei)			

Es wird versichert, dass

- a) die zuvor gemachten Angaben voll der Wahrheit entsprechen und dass keine Angaben verschwiegen wurden;
- b) keine weiteren Konten bei diesem oder einem anderen Geldinstitut geführt werden. (Gilt nur, sofern keine Ermächtigung für ein weiteres Institut ausgefüllt wird. Ggf. liegen weitere Erklärungen bei.)

Ich ermächtige und beauftrage hiermit das oben genannte Institut unter Befreiung vom Bankgeheimnis im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen, dem Sozialträger Auskünfte über die vorgenannten Konten zu erteilen. Diese Ermächtigung erstreckt sich auch auf die Kontenbewegungen innerhalb der letzten 6 Monate.

Ort und Datum

Unterschrift des Hilfesuchenden und des Ehegatten, bei Minderjährigen – des Vaters und der Mutter, bei Betreuung – des Vormundes/des Betreuers

Hinweise:

Sie beantragen die Gewährung von Sozialhilfe. Nach § 28 BSHG wird Hilfe in besonderen Lebenslagen (z. B. Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe) gewährt, soweit

- dem Hilfesuchenden
- wenn er verheiratet ist, auch seinem Ehegatten
- wenn er minderjährig und unverheiratet ist, auch seinen Eltern

die Aufbringung der Mittel aus dem Einkommen und Vermögen nach den Bestimmungen des Abschnitts 4 (§§ 76-89 BSHG) nicht zuzumuten ist. Der Sozialhilfeträger ist daher verpflichtet, Einkommen und Vermögen zu überprüfen.

Bitte füllen Sie die Vorderseite vollständig aus und unterschreiben Sie die Erklärung. Für selbst nicht hilfebedürftige Ehegatten von Hilfesuchenden ergibt sich die Auskunftspflichtung aus § 116 Abs. 1 BSHG. Dieser Auskunftsanspruch kann ggf. mit Mitteln des Verwaltungszwangs in Form von Zwangsgeldern durchgesetzt werden (Art. 29, 31, 36, 37 und 23 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz).

Wichtig:

Wenn Sie die Vorderseite von Ihrer Bank bestätigen lassen, erübrigt sich eine Bankanfrage durch den Sozialhilfeträger. Dies gilt ebenso, wenn Sie den Kontostand durch Bankauszüge belegen. Sie können auch eine neutrale Bestätigung der Bank über den derzeitigen Kontostand beifügen.

Auszug aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) – Allgemeiner Teil – Vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015)

DRITTER TITEL: Mitwirkung des Leistungsberechtigten

§ 60 Angabe von Tatsachen

(1) Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat

1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen.
2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen.
3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.

Satz 1 gilt entsprechend für diejenigen, der Leistungen zu erstatten hat.

(2) Soweit für die in Absatz 1 Nr. 1 und 2 genannten Angaben Vordrucke vorgesehen sind, sollen diese benutzt werden.

§ 66 Folgen fehlender Mitwirkung

- (1) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62, 65 nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert.
- (2) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung wegen Pflegebedürftigkeit, wegen Arbeitsunfähigkeit, wegen Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit oder wegen Arbeitslosigkeit beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 62 bis 65 nicht nach und ist unter Würdigung aller Umstände mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass deshalb die Fähigkeit zur selbständigen Lebensführung, die Arbeits-, Erwerbs- oder Vermittlungsfähigkeit beeinträchtigt oder nicht verbessert wird, kann der Leistungsträger die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen.
- (3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsberechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

Auszug aus dem Strafgesetzbuch

§ 263 Betrug

- (1) Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, dass er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Der Versuch ist strafbar.
- (3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren.
- (4) § 243 Abs. 2 sowie §§ 247 und 248a gelten entsprechend.
- (5) Das Gericht kann Führungsaufsicht anordnen (§ 68 Abs. 1 Nr. 2).



**BEZIRK
OBERFRANKEN**

SOZIALES | GESUNDHEIT | KULTUR | FISCHEREI | LANDWIRTSCHAFT

Urschriftlich zurück:

Bezirk Oberfranken
-Sozialverwaltung-
Postfach 10 11 52
95411 Bayreuth

Name: _____, **geb.:** _____

Einverständniserklärung:

Ich/wir, _____, erkläre/n mich/uns damit einverstanden, dass der Bezirk Oberfranken - Sozialverwaltung - die **im Rahmen der Hilfgewährung (z.B. Frühförderung, integrative Förderung in der Kindertagesstätte, Besuch der Schultagesstätte, Besuch der SVE-Tagesstätte, ambulante Assistenz(en), stationäre Internatsbetreuung)** erforderlichen Auskünfte über unser Kind einholt und die bei Ärzten, Kliniken und Behörden geführten Untersuchungsunterlagen (Krankenscheine, Aufzeichnungen, Untersuchungsbefunde, Sozialberichte, ärztliche Stellungnahmen usw.) zur Einsicht heranzieht.

Ich/wir genehmige/n ferner die Verwertung dieser Unterlagen für gutachterliche Stellungnahmen und Atteste und entbinde die beteiligten Ärzte von ihrer Schweigepflicht.

_____, den _____
(Erziehungsberechtigte/r)